

Ressort: Politik

Zu wenig Schwerbehinderte: Schäuble will Strafzahlung verdoppeln

Berlin, 17.07.2015, 18:00 Uhr

GDN - Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) will die Strafzahlungen für Unternehmen verdoppeln, wenn sie nicht genügend Schwerbehinderte beschäftigen. Die sogenannte Ausgleichsabgabe soll von derzeit durchschnittlich rund 2.000 Euro je unbesetzten Pflichtarbeitsplatz auf rund 4.000 Euro pro Jahr steigen, schreibt der "Spiegel" in seiner am Samstag erscheinenden Ausgabe.

Für den Fall, dass die Unternehmen ihr Verhalten nicht ändern, stiege das Aufkommen aus der Abgabe von derzeit rund 500 Millionen Euro auf eine Milliarde Euro. Mit dem Vorstoß will Schäuble die Beschäftigungschancen behinderter Menschen erhöhen. Bislang kaufen sich viele Unternehmen davon frei, eine bestimmte Zahl Behinderter anzustellen. Wenn die Strafzahlung teurer ausfalle, steige unter Umständen die Bereitschaft, Behinderten eine Chance zu geben, so das Kalkül. Das Finanzministerium hat das zuständige Bundesarbeitsministerium (BMAS) von Ressortchefin Andrea Nahles (SPD) bereits von dem Vorhaben unterrichtet. Das BMAS reagierte reserviert, eine Bewertung steht aber noch aus. Nach dem Ärger um den Mindestlohn wollen die Beamten das Verhältnis zu den Arbeitgeberverbänden nicht weiter belasten.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-57739/zu-wenig-schwerbehinderte-schaeuble-will-strafzahlung-verdoppeln.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619